



„Das Land darf beim Wandel nicht in eine soziale Schiefelage geraten“

SCHWARZ-GELBE LANDESREGIERUNG

Den Wandel sozial gestalten

„Maß und Mitte“ hat Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) als Leitmotiv über die erste Regierungserklärung der neuen schwarz-gelben Koalition in Nordrhein-Westfalen gesetzt. Die Caritas in NRW mahnt, beim angesprochenen „gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel“ die Benachteiligten und die Schwächsten nicht zu vergessen.

Die neue Regierung in Nordrhein-Westfalen will den Zusammenhalt der Gesellschaft garantieren. Die Caritas wird den Wandel aktiv begleiten und mitgestalten. Denn die Veränderungsprozesse - demografischer Wandel, Digitalisierung, Inklusion und Integration sind die Stichworte - müssen sozial gestaltet werden. Wir begrüßen

das Bekenntnis der Koalition zu Bildungs- und Chancengerechtigkeit, die durch gerechte und individuelle Förderung für alle Kinder umgesetzt werden sollen. Die Caritas mahnt jedoch Rücksicht auf Leistungsgrenzen des Einzelnen an. Menschen mit erschweren Bildungszugängen brauchen auch dann Unterstützung und Qualifizierung, wenn sich das nicht unmittelbar für den ersten Arbeitsmarkt oder das Gemeinwesen nutzbar machen lässt. Nicht jeder, der sich anstrengt, kann so viel leisten, dass sich das Aufstiegsversprechen der Marktwirtschaft erfüllt.

Das Land darf beim Wandel nicht in eine soziale Schiefelage geraten!

Vermisst habe ich in den Regierungskündigungen bisher ein Wort zur Situation von Langzeitarbeitslosen, eine Idee zur Bekämpfung von Armut, insbesondere von Kinderarmut, und ein Bekenntnis zur Gestaltung eines sozialen Nordrhein-Westfalen, in dem die Wohlfahrtsverbände einen wichtigen Beitrag leisten.

Die Landesregierung stehe fest an der Seite der Familien in NRW, hat der Ministerpräsident erklärt und beispielhaft auf das Kita-Rettungsprogramm im Umfang von ½ Milliarde Euro verwiesen. Dieses Programm begrüßt die Caritas. Es ist kurzfristig eine dringend notwendige und deutliche Verbesserung der Situation der Kindertagesstätten im Lande. Auch aus Sicht der Caritas ist die Stärkung der Familie eine wichtige politische Aufgabe, die dem Zusammenhalt in der offenen Gesellschaft dient. Deswegen wäre es kontraproduktiv, Familien durch Sparmaßnahmen in anderen Feldern wieder zu schwächen.

Investitionen in Infrastruktur

Wir teilen die Einschätzung, dass zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur notwendig sind. Dies gilt ausdrücklich auch für die soziale Infrastruktur, zum Beispiel im Bereich der Investitionsaufwendungen für Krankenhäuser und für den notwendigen Ausbau der Pflege. Es ist richtig und gut, dass die neue Landesregierung die Krankenhäuser besser fördert und die verfahrenere Situation bei der Investitionskostenförderung der stationären Altenheime zu lösen versucht. Hier ist ein neuer Anlauf angesichts des verlorenen Vertrauens der Träger mehr als überfällig.

Einhaltung der Schuldenbremse

Gleichzeitig ergibt sich aber auch die verfassungsrechtliche Notwendigkeit zur Einhaltung der Schuldenbremse. Wir sehen die Gefahr, dass angesichts dieser Anforderungen und Notwendigkeiten der Bereich des Sozialen in den Hintergrund gerät. Die Caritas in NRW fordert daher alle politisch Verantwortlichen auf Bundes- und auf Landesebene auf, die Frage der notwendigen Refinanzierung gesellschaftlicher Aufgaben durch eine sozial gerechte Steuerpolitik zu prüfen und notwendige Entscheidungen zu treffen. ⤵

HEINZ-JOSEF KESSMANN,
SPRECHER DER DIÖZESAN-
CARITASDIREKTOREN

✉ direktor@
caritas-muenster.de



AUSGABE NOVEMBER 2017

Die Redaktion freut sich über Zuschriften, Anfragen, Anregungen und Kommentare.

Besuchen Sie uns im Netz oder schreiben Sie uns unter:

- 🏠 caritas-nrw.de/nachrichten
- 📘 facebook.de/caritas_in_NRW
- ✉ redaktion@caritas-nrw.de

Mehr als einen Klick schneller

Das ist mal richtig gut, was die katholische Schwangerenberatung da auf den Weg gebracht hat. Die Weiterentwicklung der Online-Beratung umfasst ausdrücklich Kommunikationskanäle im Bereich Social Media. Die renovierte Online-Präsenz orientiert sich streng am Bedarf und an den Vorlieben der jungen Menschen. Die sind es gewohnt, per Messenger-App zu kommunizieren, für die ist der Austausch im Chat selbstverständlich. Und über viele Fragen tauscht frau (und man) sich heute in Foren aus, gibt sich gegenseitig Tipps, Zuspruch und Hilfe.

Darauf galt es zu reagieren, wenn man wettbewerbsfähig bleiben will. Die katholische Schwangerschaftsberatung wird sich bald mit einem eigenständigen Web-Auftritt (das hat etwas mit Suchmaschinenoptimierung und Zielgruppenansprache zu tun) niedrigschwellig und emotional ansprechend (viel Bilder, wenig Text) sowie datensicher (mit einem eigens programmierten Messenger-Dienst) präsentieren. Ein hochwertiges Forum, von Beraterinnen begleitet und moderiert, hilft bei der Information der Ratsuchenden, dient aber auch der besseren Auffindbarkeit und der Community-Hilfe.

Das Konzept, mit dem die Beratungsstellen und ihre Mitarbeiterinnen bundesweit eingebunden werden, klingt plausibel und ist wegweisend.

Andere Beratungsdienste wie die Schuldnerberatung, Erziehungsberatung müssten bald nachziehen. Hier ist bisher meist die (weitgehend) kommunale Finanzierung das größte Hindernis für einen großen Sprung in die digitale Gegenwart. Bisher hat man sich mit Postleitzahlenfilter und Mail-Accounts zu helfen versucht. Doch in der digitalen Welt zählt nicht immer Informationsqualität, sondern Zugang, Service und Nutzerorientierung. Es gewinnt, wer einen Klick schneller ist. ◀

MARKUS LAHRMANN

✉ chefredakteur@caritas-nrw.de

PILOTPROJEKT IN DER SCHWANGERENBERATUNG

Schnelle Hilfe im Chat, per Messenger und Mail

Neue Wege in der Online-Beratung gehen die katholischen Schwangerschaftsberatungsstellen. Neben der persönlichen Begegnung in einer Beratungsstelle und der E-Mail-Beratung werden Ratsuchende zur Jahresmitte 2018 über eine erweiterte Chat-Beratung sowie über einen Messenger-Dienst Kontakt zur Beratungsstelle aufnehmen können.

Zusätzlich soll es fachkundig moderierte Foren zu allgemeinen Fragen rund um die Schwangerschaft geben. Zudem wird ein neuer Facebook-Auftritt tagesaktuell Informationen für die Arbeit der Beraterinnen zur Verfügung stellen. Sämtliche Angebote werden über ein gemeinsames Internet-Portal einfach aufzufinden sein.

„Es geht um die zielgruppenspezifische Ausweitung der Beratungsarbeit auf mehrere Kanäle in der digitalen Welt“, erklärte die Essener Diözesan-Caritasdirektorin Sabine Depew das Pilotprojekt des Deutschen Caritasverbandes bei einer Fachtagung in Mülheim an der Ruhr. „Wer ständig online ist, erwartet schnelle Antworten, Tipps und sofortige Hilfe. Darauf müssen wir reagieren, wenn wir nah bei den Menschen bleiben wollen“, sagte Depew den rund 90 Fachberaterinnen aus ganz Nordrhein-Westfalen, die sich in Mülheim über die künftigen digitalen Möglichkeiten ihrer Beratungsarbeit informierten.

Steigende Beratungszahlen

Mit der Online-Beratung hat die Caritas bereits seit dem Jahr 2002 gute Erfahrungen gemacht: Kostenlos und anonym können sich Ratsuchende bei Fachberatern der Caritas in 15 verschiedenen Themenfeldern online Hilfe holen - etwa bei Fragen zu Schulden, Sucht, Aids, Erziehungsproblemen oder zum Leben im Alter. Im Arbeitsfeld der Schwangerschaftsberatung prüft die Caritas nun die Chancen eines crossmedialen Modells. „Seit dem Jahr 2013 verbuchen wir deutschlandweit eine um fast 20 Prozent gestiegene Zahl an Schwangerschaftsberatungen - 2016 waren das knapp 120 000 im direkten Gespräch, gut 3500 online“, sagt Gabriele Pollaschek, Referentin für Schwangerenberatung bei der Caritas im Ruhrbistum.

Seit dem Ausstieg aus der staatlichen Konfliktberatung im Jahr 2001 stellen die



Pilotprojekt: Die katholische Schwangerenberatung geht konsequent den Weg in die digitale Gegenwart. Foto: Spangenberg

katholischen Beratungsstellen keinen Beratungsnachweis mehr aus, der für eine Abtreibung genutzt werden könnte. Dass die Beratungszahlen dennoch wieder gestiegen sind, erklären sich die Beraterinnen einerseits mit der im Vergleich zu staatlichen Stellen meist besseren Personalsituation, die eine zeitlich großzügige Beratung möglich macht. „Andererseits“, so Pollaschek, „kommen die Frauen zu uns, weil die Hilfen der Caritas eng vernetzt und deshalb einfach zugänglich sind.“

Die digitalen Zugangswege über Chat- oder Messenger-Dienst sollen ein zusätzliches Angebot schaffen; einen Rückgang der Ratsuchenden in der Beratungsstelle erwartet Pollaschek nicht. Weiterberatungen nach dem Erstkontakt könnten jedoch einfacher werden: „Oft kann man in einer Viertelstunde im Chat schnell einige weitere Fragen beantworten, für die kein einstündiger Beratungstermin vor Ort nötig ist. Gerade für Ratsuchende im ländlichen Raum wird das hilfreich sein.“ ◀

CORDULA SPANGENBERG

Ein Schritt nach vorn, zwei Schritte zurück!

Die Beschäftigung boomt. Trotzdem sind viele Frauen und Männer in Deutschland seit langer Zeit ohne Job. Die Politik nimmt diese Menschen kaum wahr. Oder streicht sie wieder von der Tagesordnung, wie die Teilnehmenden von „Schritt für Schritt - Brücken bauen“, einem Projekt der Wohlfahrtsverbände gegen Langzeitarbeitslosigkeit, dem jetzt die weitere Unterstützung verwehrt wird. Das ist das falsche politische Signal! Denn der Kampf gegen Langzeitarbeitslosigkeit ist nicht nur für die soziale Sicherheit von großer Bedeutung, sondern auch gesellschaftspolitisch eine wirksame Investition gegen Armut.

Die Zeiten, in denen die Arbeitslosigkeit in der Auseinandersetzung der Parteien eine Hauptrolle spielte, scheinen vorbei zu sein. Das hat die Bundestagswahl gezeigt. Die Union prophezeite im Scheinwerferlicht die bevorstehende mögliche Vollbeschäftigung. Unangenehme Schatten störten dabei in Berlin nur.

Dunkle Wolken sind indes woanders aufgezogen. Zum Beispiel in NRW, genauer in den „Schritt für Schritt“-Standorten Herford, Gronau, Oberhausen, Solingen und Langenfeld. Dort

kümmern sich seit 2015 viele engagierte Ehrenamtliche um die Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen in Gesellschaft und Arbeit.

Doch nicht mehr lange. Denn mit der neuen schwarz-gelben Regierung kam vorzeitig das Aus für dieses Pilotprojekt. Die politische Zusage der vorherigen Kraft-Regierung, das Projekt bis Ende 2018 zu fördern, wurde jetzt ohne viel Worte gekippt - und damit auch die Nachhaltigkeit des Projekts.

Abseits der arbeitspolitischen Schäden bekommen damit die Langzeitarbeitslosen vor Augen geführt, dass sie von der Politik nicht ernst genommen werden. Erlernte Kompetenzen gehen verloren, genauso wie das mühsam erlangte Selbstbewusstsein im Umgang mit der eigenen Misere. Das darf nicht sein! Statt die Mittel zu kürzen, muss die Politik den enttäuschten Menschen zeigen, dass ihre Leistungen auch in der Arbeitslosigkeit anerkannt werden. „Schritt für Schritt“ hat gezeigt, dass Anerkennung, Zeit und individuelle Beratung die besten Förderinstrumente sind. Sie tragen zur sozialen Teilhabe bei und eröffnen den Langzeitarbeitslosen die Teilnahme am Arbeitsmarkt. ◀

MARCO ESCHENBACH

✉ Marco.Eschenbach@caritasnet.de

ARBEITSLÖSENREPORT

Caritas und Wohlfahrt fordern mehr geförderte Beschäftigung

Die Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen fordert ein stärkeres Engagement der Politik für Langzeitarbeitslose. Notwendig seien mehr und bessere Förderprogramme, insbesondere die durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) mitfinanzierte „Öffentlich geförderte Beschäftigung“.

Seit 2009 sei die Zahl solcher Maßnahmen von durchschnittlich 66831 auf zuletzt 28793 geschrumpft. Dagegen habe sich die Zahl der Langzeitarbeitslosen „auf hohem Niveau“ verfestigt. Knapp 771000 Menschen seien in NRW auf Hartz IV angewiesen, hieß es. Doch nur weniger als die Hälfte von ihnen - rund 296000 - tauchten in den offiziellen Statistiken auf. Der Grund sei, dass Langzeitarbeitslose ihre Arbeitslosigkeit offiziell unterbrächen, sobald sie an einer Arbeitsmaßnahme teilnahmen.

Eingliederungsmittel erhöhen

Im Anschluss seien sie meist zunächst wieder nur ganz normal arbeitslos und kämen laut Gesetz für öffentlich geförderte Beschäftigung somit nicht infrage. Die Wohlfahrtspflege forderte eine Änderung dieser Regelung. Solche Förderaktivitäten sollten

grundsätzlich allen Menschen mit Hartz-IV-Bezug offenstehen, so die Verbände.

„Wir brauchen aber nicht weniger, sondern mehr Anstrengungen bei der öffentlich geförderten Beschäftigung“, erklärte Paderborns Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig, der auch Vorsitzender des Ausschusses Arbeit/Arbeitslosigkeit der Freien Wohlfahrtspflege in NRW ist. Die Jobcenter benötigten dafür vom Bund erheblich höhere Zuweisungen zweckgebundener Eingliederungsmittel, um langfristige öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse einrichten zu können. Wichtig sei ein sogenannter „Passiv-Aktiv-Transfer“, bei dem das eingesparte Arbeitslosengeld und die Fördermittel für die Unterkunftskosten zur teilweisen Finanzierung des Arbeitsplatzes eines vormals Langzeitarbeitslosen verwandt wurden. „Wir sollten nicht Arbeitslo-

sigkeit, sondern soziale Teilhabe und Beschäftigung finanzieren“, sagte Lüttig.

Lange Arbeitslosigkeit führe zu Armut, Ausgrenzung und Vereinsamung, erklärte der Caritasdirektor im Erzbistum Köln, Frank Johannes Hensel. „Verbunden mit Coaching und beruflicher Qualifizierung, ist öffentlich geförderte Beschäftigung ein wirksames Förderinstrument.“ ◀

▶ www.arbeitslosenreport-nrw.de

Caritas in NRW AKTUELL

Lindenstraße 178, 40233 Düsseldorf
Tel. 0211 / 516066-20, Fax: 0211 / 516066-25
redaktion@caritas-nrw.de, www.caritas-nrw.de

Herausgeber: Diözesan-Caritasverbände von Aachen, Essen, Köln, Münster, Paderborn

Chefredakteur: Markus Lahrmann

Titelfoto: pixabay.com

Abo-Fragen: Kevin Jandrey,
Tel. 0211 / 516066-20, vertrieb@caritas-nrw.de

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten

Gestaltungskonzept: skdesign, Köln

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

Anzeigenverwaltung:

Bonifatius GmbH, Karl Wegener
Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn,
Tel. 05251/153-220, Fax: 05251/153-104
karl.wegener@bonifatius.de

ISSN 1611-3527

ClimatePartner
klimaneutral
gedruckt

Die CO₂-Emissionen dieses Produkts wurden durch CO₂-Emissionszertifikate ausgeglichen.
Zertifikatsnummer: 53323-1601-1005
www.climatepartner.com

Jung und neu: die digitale Caritas-Aktion zur Bundestagswahl

Die Caritas hat mit der Aktion „Wählt Menschlichkeit“ im digitalen Bundestagswahlkampf mitgemischt und ist dabei neue Wege gegangen.

Caritas in NRW: Was war das Ziel der Aktion „Wählt Menschlichkeit“ und welche Schritte wurden geplant?

Teresa Wieland: Die Aktion war ein Versuch, die Menschen auf Facebook zu erreichen, die vor der Wahl unschlüssig waren, wen sie wählen sollen oder ob sie überhaupt wählen gehen. Wir haben dabei keine Wahlempfehlung gegeben, aber daran erinnert, was für eine Demokratie wichtig ist: Dialog, Toleranz und Respekt im Gespräch miteinander und natürlich Menschlichkeit. Im Vorfeld haben wir zusammen mit den Fachreferaten eine Handreichung geschrieben mit Antworten zu möglichen Fragen und Vorurteilen. Außerdem gab es Webinare, einen Themenplan, einen Zeitplan und vieles mehr. Am wichtigsten war jedoch, dass sich rund 80 Caritas-Kolleginnen und -kollegen aus dem ganzen Bundesgebiet bereit erklärt hatten, in den sechs Aktionswochen ehrenamtlich unsere Online-Redaktion zu unterstützen.

➤ Und das Ergebnis?

Wieland: Wir haben auf Facebook und Twitter mehr als 40 Postings (kleine Interview-Filme, kurze Spots und Texttafeln) veröffentlicht. Damit haben wir allein auf Facebook 3,2 Millionen Menschen erreicht. Ob wir alle zum Nachdenken gebracht haben, wissen wir nicht. Innerhalb der Caritas haben wir auch viele Menschen erreicht: Allein bei der Fotoaktion „Ich wähle Menschlichkeit“ kamen über 1000 Fotos zusammen! Viele Caritas-Mitarbeiterinnen und -mitarbeiter haben sich engagiert und uns Fotos von Menschen innerhalb und außerhalb der Caritas geschickt. Die große Zahl hat uns sehr gefreut.

Erfolg heißt, im Dialog zu bleiben

➤ Wie bewerten Sie die Aktion, was sind dabei die Maßstäbe für einen Erfolg?

Wieland: Erfolg ist in den sozialen Medien bei so einem Thema schwierig zu messen. Wir wissen, dass wir in den sechs Wochen über 7800 Kommentare auf unserer Face-

book-Seite hatten. Das sind wesentlich mehr, als wir sonst haben. Uns ging es aber nicht um Zahlen, sondern darum, Menschen zum Nachdenken und Diskutieren zu motivieren. So etwas lässt sich kaum messen.

Die stillen Mitleser erreichen

Teilweise wurden wir auch angefeindet oder Vorurteile gegenüber der Caritas, der Kirche, gegenüber Migranten und Flüchtlingen geäußert. In so einer Situation ist es dann schon ein Erfolg, wenn wir trotzdem mit einzelnen Personen diskutieren können. Manche wollten das dann nicht. Das ist schade. Aber mit einigen konnten wir uns ernsthaft austauschen. Bei so vielen Kommentaren wäre das ohne die Freiwilligen nicht möglich gewesen.

➤ Vor allem bei Facebook und Twitter erleben viele Menschen Polemik, Hetze, unglaubliche Aggressivität, Kirchenfeindlichkeit. Warum muss man sich das antun?

Wieland: Als Caritas setzen wir uns für diejenigen ein, die keine Stimme haben oder kaum gehört werden. Das wollen wir auch dann tun, wenn Vorurteile und Ausgrenzungen zum Vorschein kommen. Darauf zu reagieren ist nicht leicht. Wir wollen allerdings auch dazu Mut machen, nicht zu schweigen, sondern Stellung zu beziehen. Sowohl im Netz als auch offline. Denn es geht nicht allein um die Person, die ein Vorurteil ausspricht, sondern auch um diejenigen, die zuhören. Viele glauben sonst, weil keiner widerspricht, dass diese Person recht hat. Wenn wir dann sagen, dass wir damit nicht einverstanden sind, erreichen wir auch diese stillen Zuhörer oder Mitleser.

➤ Diese Aktion war für die deutsche Caritas in gewisser Weise eine neue Form der Zusammenarbeit jenseits verbandlicher Strukturen - vielleicht sollte man besser sagen „strukturübergreifend“. Vorbildhaft?

Wieland: Wir haben gemerkt, dass wir mit den ehrenamtlichen Unterstützern sehr viel bewirken konnten - und es möglich ist, dass über verbandliche und fachliche Grenzen hinweg gemeinsam digital an Aufgaben und Zielen gearbeitet wird. Klar ist auch, dass kurze Aktionszeiträume eine sehr zeitintensive Vorbereitung benötigen. ⬅

➤ www.caritas-digital.de (Blogbeitrag)

🏠 www.waehltmenschlichkeit.de



ZWEI VON ÜBER TAUSEND: Teresa Wieland (l.), Referentin für Öffentlichkeitsarbeit ist eines von vier Mitgliedern im Organisationsteam der Aktion „Wählt Menschlichkeit“. Gemeinsam mit Stella Schneider, Referentin im CariNet, warb sie für die Caritas-Aktion zur Bundestagswahl. Mit ihrer Online-Präsenz und über die sozialen Medien hat die Caritas bei dieser Aktion eine sehr große Reichweite erzielt.

Foto: privat

Neuer Spendenrekord

Das Geschäftsjahr 2016/17 hat die Aktion Lichtblicke mit einem neuen Spendenrekord am 30. September abgeschlossen. 3,924 Millionen Euro und damit 360 000 Euro mehr als im Vorjahr standen zur Verfügung. 3,4 Millionen Euro davon sind bereits für ca. 2700 Anträge bewilligt worden und somit auch rund 400 000 Euro mehr. Im kommenden Jahr feiert die gemeinsame Aktion der NRW-Lokalradios mit Diakonie und Caritas ihr 20-jähriges Bestehen. Die noch zur Verfügung stehenden Gelder werden ausreichen, um die noch bis Weihnachten eingehenden Anträge zu bewilligen. Dann startet die Hauptspendenzeit. 

 www.lichtblicke.de

Wohnungsnot für Arme

Etwa eine halbe Million Menschen in Deutschland haben laut Schätzungen

kein eigenes Zuhause. Sozialverbände schlagen Alarm und fordern bezahlbaren Wohnraum für alle. Der Kölner Diözesan-Caritasverband forderte eine Wohnungspolitik, die sich auf einkommensschwache Haushalte konzentriert.

Aufgrund hoher Mietpreise in den Großstädten verlieren immer mehr Menschen ihre Wohnung. Viele Kommunen verkaufen Wohnungsbestände. Nach Schätzung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe verfügten aktuell rund 500 000 Menschen in Deutschland nicht über einen mietrechtlich abgesicherten Wohnraum, sagte Andreas Sellner, Caritas-Experte für Wohnungslosenhilfe und Präsidiumsmitglied der Arbeitsgemeinschaft. Nur wenige sozial benachteiligte Haushalte hätten überhaupt die Chance, eine Sozialwohnung zu bekommen. Auch Frauen seien vermehrt betroffen, erklärte Sellner. 

Caritas-Lotterie läuft weiter

Noch bis zum 31.12.2017 können Caritas-Einrichtungen wie Seniorenheime, Kindergärten oder Behindertenwerkstätten in den Diözesen Aachen, Münster und Paderborn Rubbellose der Caritas-Lotterie verkaufen. Der Verkauf der Lose - z. B. auf Weihnachtsmärkten oder auf dem Adventsbasar - bietet den verkaufenden Einrichtungen eine einfache und risikolose Möglichkeit, zusätzliche Spenden einzunehmen. Bestellt werden können die Rubbellose beim Diözesan-Caritasverband Paderborn. Abgepackt sind die Lose zu je 300 Stück. Sie werden in Kommission versandt. Unverkaufte Lose können wieder zurückgegeben werden. Die Caritas-Lotterie ist 2016 erstmals gestartet, nachdem die Lotterie „helfen und gewinnen“ der Wohlfahrtsverbände aufgeben musste. 

 www.caritaslotterie.de

ALTENPFLEGESCHULEN GEFÄHRDET

Pflegenotstand beginnt bei der Ausbildung

Die Caritas in NRW sorgt sich um die Finanzierung der Fachseminare für Altenpflege. Der Zuschuss des Landes zu den Betriebskosten sei 2006 auf monatlich 280 Euro pro Teilnehmer abgesenkt worden und seitdem auf diesem Niveau geblieben, kritisierte Heinz-Josef Kessmann, Sprecher der Caritasdirektoren in NRW.

Eine Erhöhung der Betriebskostenförderung durch das Land sei dringend erforderlich. „Die neue Landesregierung darf die Zukunft der Altenpflegefachschulen nicht vernachlässigen, Pflegenotstand beginnt bei der Ausbildung“, sagte Kessmann.

Eine Analyse der Kosten der schulischen Ausbildung habe ergeben, dass monatlich mindestens 490 Euro pro Schulteilnehmer erforderlich seien. „Als Caritas nehmen wir unsere Verpflichtung ernst, tarifgemäß zu entlohnen, und haben daher bei den Personalkosten keinerlei Einsparpotenziale“, betonte Kessmann. Die Kompensation der zunehmenden Finanzierungslücke und somit die Sicherung der schulischen Ausbildung in der Altenpflege seien bislang allein von den Schulträgern übernommen worden. „Diese sehen keine

Möglichkeiten, die Subventionierung weiter zu schultern“, so Kessmann, der Diözesan-Caritasdirektor im Bistum Münster ist.

Landesförderung aufstocken

„Wir sehen die Landesregierung in der Verantwortung, die erforderlichen Finanzmittel zur Sicherstellung der Pflegeausbildung bereitzustellen und entsprechende Mittel im nächsten Haushaltsplan des Landes einzustellen“, forderte Kessmann. Er verwies zudem auf Kostenentwicklungen, Tarifsteigerungen und aktualisierte qualitätssichernde Strukturvorgaben, die die derzeitige Finanzierungslücke seit 2006 massiv verbreitert hätten. Bereits heute fehlen 40 000 Fachkräfte in der Altenpflege, bis 2030 könnten es 200 000 sein. 

PILOTPROJEKT ERZIEHUNGSHILFE

Mediencouts im Kinderheim

Jugendliche in katholischen Einrichtungen der Erziehungshilfe im Bistum Aachen werden künftig Altersgenossen im Umgang mit Handy, Internet und Social Media schulen. Das Schul-Projekt „Mediencouts“ der Landesanstalt für Medien (LfM) wird dafür erstmals auch auf Einrichtungen der Erziehungshilfe übertragen. In dem Projekt werden Jugendliche in Medienthemen und in Beratungskompetenz fit gemacht und zu „Mediencouts“ ausgebildet. Sie sollen dann anderen Kindern und Jugendlichen der Einrichtung rund um die Themen Internetnutzung, Handykommunikation, Computerspiele und Social Media zur Seite stehen.

Das LfM-Projekt „Mediencouts“ läuft seit 2012 an Schulen. Dabei zeigte sich, dass junge Menschen lieber von Gleichaltrigen lernen. Gleichzeitig stellte sich als positiv heraus, dass Gleichaltrige aufgrund eines ähnlichen Mediennutzungsverhaltens zielgruppenentsprechend aufklären. „Die Kids kennen die Geräte und die Apps besser als wir Pädagogen. Das wollen wir nutzen“, sagte Herbert Knops von der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Einrichtungen der Erziehungshilfe in Aachen (AGkE). 

Wohlfahrtsverbände stiften Hörfunkpreis

Erstmals wird die Landesarbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände in NRW einen Journalistenpreis verleihen. Der „Sozialpreis NRW“ ist ein Sonderpreis im Rahmen des Hörfunkpreises der Landesanstalt für Medien NRW.

Prämiert wird eine herausragende redaktionelle Produktion im Lokalfunk NRW zu einem sozialen Thema. Erwünscht waren Beiträge, die sich mit den besonderen Situationen oder Problemen Not leidender und sozial benachteiligter Menschen in Nordrhein-Westfalen auseinandersetzen. In den Beiträgen sollten Beratungs- und Unterstützungsleistungen der sozialen Infrastruktur zumindest genannt werden. Denn Nordrhein-Westfalen hat traditionell eine stabile soziale Infrastruktur – also Dienste und Einrichtungen, in denen Unterstützung suchende Menschen Hilfe erfahren. Die weit überwiegende Zahl dieser Krankenhäuser, Kindergärten, Frauenhäuser, Beratungsstel-

len Altenheime, Jugendhilfedienste und vieles mehr werden – oft mit großem Engagement – von frei-gemeinnützigen Trägern betrieben und unterhalten. Dass eine solche soziale Infrastruktur nicht selbstverständlich ist, zeigt schon der Blick über die Landesgrenzen. Dass darüber auch journalistisch-redaktionell berichtet wird, ist eines der Anliegen der Wohlfahrtsverbände.

Publizistische Qualität fördern

Die Landesanstalt für Medien NRW (LfM) schreibt jährlich den LfM-Hörfunkpreis aus, um herausragende Beiträge im lokalen Hörfunk in NRW zu würdigen. Ausgezeichnet werden Mitarbeiterinnen und Mitarbei-

ter der Lokalradios sowie Akteure aus dem Bereich der Radio-Werbung. Ziel des LfM-Hörfunkpreises ist es, die publizistische Qualität im privaten Radio zu fördern. Daran knüpft die Wohlfahrtspflege mit ihrem Sonderpreis an. Denn die Lokalradios sind mit ihren Beiträgen zu sozialen Themen häufig ganz nah am Hörer.

Preisverleihung am 24. November

Über die Vergabe des Sozialpreises hat eine unabhängige Jury entschieden, die von der LAG Freie Wohlfahrtspflege NRW einberufen wurde. Verliehen wird der Sozialpreis NRW im Rahmen der Preisverleihung des LfM-Hörfunkpreises am 24. November in Düsseldorf. Diese Preisverleihung – der Hörfunkpreis selbst wird seit mehr als 25 Jahren verliehen – ist immer ein festliches Ereignis und ein besonderer Event für die private Hörfunk-Szene in NRW. 

MARKUS LAHRMANN

 www.lfm-nrw.de/service/

veranstaltungen-und-preise.html

 presse@freiewohlfahrtspflege-nrw.de

#SOZIALCAMP DER CARITAS

Alexa für die Altenpflege?

Die Grundsatzfrage wurde per Twitter gestellt: „Braucht es einen analogen Ort, um den digitalen Wandel zu gestalten?“ Offensichtlich ja – zumindest für mehr als 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Barcamps der Caritas.

Die digitale Disruption bestimmte Format und Inhalt dieser Veranstaltung, die in Siegburg jüngst zum zweiten Mal nach 2016 stattfand – diesmal veranstaltet von acht Diözesan-Caritasverbänden (Aachen, Essen, Köln, Münster, Paderborn sowie Osnabrück, Limburg und Speyer). Ein Barcamp – eine Art „Unkonferenz“ – ist eine offene Tagung mit offenen Workshops, deren Inhalte und Ablauf von den Teilnehmern zu Beginn der Tagung selbst entwickelt und im weiteren Verlauf gestaltet werden. Barcamps dienen dem inhaltlichen Austausch und der Diskussion.

Rund ein Drittel der Teilnehmenden kam von außerhalb der Caritas, so aus Digitalunternehmen und Start-ups, aus Wissenschaft und Kommunikationsbranche. Aber

auch Selbstständige aus Beratung und sogar Finanzwirtschaft interessierten sich für den inhaltlichen Austausch und die Diskussion.

Schlagwort von der Disruption

Entsprechend breit gefächert waren die Themen: Einsatz von Social Media in der (Verbände-)Kommunikation, Organisationsentwicklung (z. B. beim Diözesan-Caritasverband Essen), Digitalisierung in der Bildung, Technikfolgen, Wissensmanagement, Datenschutz, Koordinationsplattformen von Selbsthilfegruppen, IT-Tools, Konsequenzen von Sichtbarkeit im Netz, Fragen der Technikfolgenabschätzung, der Inklusion, soziale Innovation mittels Digitalisierung. Kleines Beispiel: Übernimmt

„Alexa“ – also Amazons digitaler Sprachassistent – bald einen Teil der Altenpflege? Antworten auf solche Fragen haben unmittelbare Relevanz für Arbeitsabläufe und Arbeitsplätze. „Hier erleben wir massiv die Disruption durch die Digitalisierung“, sagte eine Teilnehmerin. So wie sie bekommen viele Caritas-Mitarbeiter zunehmend eine Ahnung von den neuen Möglichkeiten und Herausforderungen durch die Digitalisierung, die auch die soziale Arbeit umkrempelt. Gerade weil noch nicht klar ist, in welche Richtung Innovationen die Arbeit verändern, ist ein solcher Erfahrungsaustausch sehr hilfreich.

Digitalisierung, so viel dämmert zunehmend auch den Verantwortlichen, ist kein alleiniges Thema für die IT oder für die Kommunikation, sondern betrifft die Verbandskultur, wirft ethische Fragen auf, wird die Verwaltung durcheinanderwirbeln und die Bildungsarbeit verändern. Deswegen wird es weiterhin „Unkonferenzen“ dieser oder anderer Art geben müssen, wenn die Caritas den Sprung in die neue Zeit schaffen will. 

MARKUS LAHRMANN

 #Sozialcamp